

[Neueste / Medienzentrum](#)

PRESSEMITTEILUNGEN | BÜRO DES HOHEN KOMMISSARS FÜR MENSCHENRECHTE

UN-Bericht dokumentiert die Verschärfung jahrzehntelanger schwerer Rassendiskriminierung durch Israel im besetzten Westjordanland

07. Januar 2026**Teilen**



© ZAIN JAAFAR / AFP

GENF – Ein umfassendes UN-Menschenrechtsbüro **Bericht** Die heute veröffentlichte Studie beschreibt detailliert die erstickenden Auswirkungen der israelischen Gesetze, Richtlinien und Praktiken auf jeden Aspekt des täglichen Lebens der Palästinenser im besetzten Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem. Der Bericht warnt davor, dass Israel gegen das Völkerrecht verstößt, das Staaten dazu verpflichtet, Rassentrennung und Apartheid zu verbieten und zu beseitigen.

Die systemische Diskriminierung von Palästinensern in den besetzten palästinensischen Gebieten sei seit langem ein Problem, heißt es in dem Bericht und fügt hinzu, dass sich die Situation seit mindestens Dezember 2022 drastisch verschlechtert habe. Der Bericht enthält zahlreiche anschauliche Beispiele dafür, wie das Leben der Palästinenser zunehmend eingeschränkt und unsicher geworden ist.

“Die israelischen Behörden behandeln israelische Siedler und Palästinenser, die im Westjordanland leben, nach zwei unterschiedlichen Gesetzen und Richtlinien, was zu einer Ungleichbehandlung in einer Reihe kritischer Fragen führt, darunter Bewegung und Zugang zu Ressourcen wie Land und Wasser,” stellt der Bericht fest. “Palästinenser sind weiterhin

einer groß angelegten Landbeschlagnahmung und dem Entzug des Zugangs zu Ressourcen ausgesetzt. Dies hatte zur Folge, dass ihnen ihr Land und ihre Häuser entzogen wurden, zusammen mit anderen Formen systemischer Diskriminierung, einschließlich der Strafverfolgung vor Militärgerichten, bei der ihre Rechte auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und ein faires Verfahren systematisch verletzt werden.“

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass die Trennung, Segregation und Unterordnung dauerhaft sein sollen, um die Unterdrückung und Herrschaft der Palästinenser aufrechtzuerhalten. „Handlungen, die mit der Absicht begangen werden, eine solche Politik aufrechtzuerhalten, stellen einen Verstoß gegen Artikel 3 des ICERD (Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung) dar, der Rassentrennung und Apartheid verbietet,“ stellt es fest.

„Seit dem 7. Oktober 2023 hat die israelische Regierung den Einsatz unrechtmäßiger Gewalt, willkürliche Inhaftierungen und Folter, die Unterdrückung der Zivilgesellschaft und unangemessene Einschränkungen der Medienfreiheit, strenge Bewegungseinschränkungen, den Siedlungsausbau und damit verbundene Verstöße im besetzten Westjordanland weiter ausgeweitet, was eine beispiellose Verschlechterung der Menschenrechtslage dort bedeutet hat.“ Darin heißt es: Er fügte hinzu, dass dies durch die Fortsetzung und Eskalation der Siedlergewalt noch verschärft werde, in vielen Fällen mit Dulding, Unterstützung und Beteiligung der israelischen Sicherheitskräfte (ISF).

Das gegen Palästinenser verwaltete Militärjustizsystem bietet im Vergleich zum israelischen Zivilrecht, das Siedlern einen viel größeren Menschenrechtsschutz bietet, kaum oder gar keinen Menschenrechtsschutz. „Das Militärrechtssystem ist ein wichtiges Instrument zur Kontrolle der Palästinenser im besetzten Westjordanland.“

Der Bericht dokumentiert außerdem Tendenzen zu unrechtmäßigen Tötungen und anderen Formen staatlicher und staatlicher Gewalt und enthält zahlreiche Beispiele tödlicher Gewalt, die gezielt und

ungerechtfertigt, in diskriminierender Weise gegenüber Palästinensern und mit der offensichtlichen Tötungsabsicht eingesetzt wurde.

Beispielsweise schoss ISF am 28. Januar 2025 einem 10-jährigen Jungen, Saddam Hussein Rajab, in den Bauch, der am 7. Februar 2025 an seinen Verletzungen starb. Eine Videoaufnahme zeigt, dass er erschossen wurde, als er mit leeren Händen vor der Haustür eines Gebäudes in Tulkarem stand. ISF gab zunächst an, dass der Junge „auf verdächtige Weise mit dem Boden herumspielte“ und kündigte anschließend eine Untersuchung des Mordes an. Am 9. Februar 2025 tötete ISF eine im achten Monat schwangere Frau, die 23-jährige Sondos Shalabi, und gab anschließend an, dass sie erschossen worden sei, weil sie „misstrauisch auf den Boden schaute“. ISF gab außerdem zu, dass die Frau unbewaffnet war und in ihrer Nähe keine IEDs gefunden wurden.

Diskriminierende Bewegungseinschränkungen wirken sich auch nachteilig auf die Wahrnehmung der Menschenrechte aus, verletzen das Recht auf Arbeit und verhindern, dass Palästinenser Zugang zu ihrem Land erhalten, was zu großen finanziellen Schwierigkeiten führt, fügt der Bericht hinzu. Darüber hinaus schneidet der Bau neuer Straßen – die nur für israelische Siedler zugänglich sind und Siedlungen miteinander verbinden – die palästinensischen Gemeinden voneinander ab. Tausende Palästinenser wurden zudem aus ihren Häusern im gesamten Westjordanland vertrieben, was einer unrechtmäßigen Umsiedlung, einem Kriegsverbrechen, gleichkommen könnte.

Palestinians are also deprived of their natural resources, says the report. For instance, it describes how Israel unlawfully confiscates and demolishes Palestinian water infrastructure, and diverts water to its settlements. This compels the Palestinian Authority to buy large amounts of water from an Israeli Government company that extracts water from the occupied West Bank.

“There is a systematic asphyxiation of the rights of Palestinians in the West Bank,” UN Human Rights Chief Volker Türk said. “Whether accessing water, school, rushing to hospital, visiting family or friends, or harvesting

olives – every aspect of life for Palestinians in the West Bank is controlled and curtailed by Israel's discriminatory laws, policies and practices."

"This is a particularly severe form of racial discrimination and segregation, that resembles the kind of apartheid system we have seen before."

"Every negative trend documented in the report has not only continued but accelerated. And every day this is allowed to continue, the consequences worsen for Palestinians."

Impunity prevails for human rights violations, including endemic violence committed by Israeli security forces and settlers. According to the report, of the more than 1,500 killings of Palestinians between 1 January 2017 and 30 September 2025, the Israeli authorities have opened 112 investigations, with only one conviction.

Thousands of Palestinians remain arbitrarily detained by Israeli authorities, mostly under "administrative detention", without charges or trial.

The illegal settlement expansion continues unabated. Israeli authorities and settlers have appropriated tens of thousands of hectares of Palestinian land most of which serves to build new Israeli settlements or outposts, illegal under international law. A recent example is the approval by Israel's security cabinet of the construction of 19 new settlements, which Israeli officials have said is to block the establishment of a Palestinian state.

"The Israeli authorities must repeal all laws, policies and practices that perpetuate systemic discrimination against Palestinians based on race, religion or ethnic origin," Türk said. He called on the Israeli authorities to bring to an end its unlawful presence in the Occupied Palestinian Territory, including by dismantling all settlements and evacuating all settlers, and to respect the right of the Palestinian people to self-determination.

To read the full report, click [here](#)

For more information and media requests, please contact:

In Geneva

Ravina Shamdasani: +41 22 917 9169 /
ravina.shamdasani@un.org

Jeremy Laurence: +41 22 917 9383 / jeremy.laurence@un.org

In Nairobi

Seif Magango : +254 78834 3897 / seif.magango@un.org

WhatsApp

[X @UNHumanRights](#)

[Facebook vereinte NationenMenschenrechte](#)

[Instagram @unitednationshumanrights](#)

Tags

[Israel](#)

[Palästina](#)

[Diskriminierung und Intoleranz](#)

Verwandt

PRESSEMITTEILUNGEN

[Israel: Türk sagt, dass Entwürfe von Vorschlägen zur Todesstrafe für Palästinenser fallen gelassen werden müssen](#)

PRESSEMITTEILUNGEN

[Unverschämte Suspendierung zahlreicher Hilfsorganisationen aus Gaza](#)

PRESSEMITTEILUNGEN

UN-Menschenrechtschef sagt entsetzt über tödliche Gaza-Angriffe

SEHEN SIE SICH DIESE SEITE AN IN:

[العربية](#)

Globale soziale Kanäle



Neueste

[Feature-Geschichten](#)

[Medienzentrum](#)

[Tagungen und Veranstaltungen](#)

Ressourcen

[Datenbanken](#)

[Bibliothek](#)

[Publikationen](#)

Verbinden

[Kontaktieren Sie uns](#)

[Folgen Sie uns](#)

[Arbeiten Sie mit uns](#)



[Donate](#)

[Contact](#)

[Copyrights](#)

[Privacy](#)

[Terms of use](#)